

Protokollauszug vom 11. April 2007

1482. 2007/135

Beschlussantrag der CVP-Fraktion und der EVP-Fraktion vom 21.3.2007: Sozialhilfe, Bericht der GPK über Prozesse und Qualitätssicherungssystem

Namens der CVP-Fraktion und der EVP-Fraktion begründet Christien Traber (CVP) den Beschlussantrag (vergleiche Protokoll-Nr. 1396/2007).

Niklaus Scherr (AL) beantragt folgende Textänderung:

1. Wir erwarten von der untersuchenden Behörde – ob PUK oder GPK – dass sie sich bewusst ist und bei ihrem Vorgehen dem Umstand Rechnung trägt, dass eine parlamentarische Untersuchung eine starke Zusatzbelastung für die betroffenen Mitarbeitenden in den Sozialzentren bedeutet, die heute schon bis an ihre Leistungsgrenze gefordert werden.
2. Auf keinen Fall dürfen an dieser Untersuchung Ratsmitglieder mitwirken, die als Insider befangen sind. Dies betrifft vor allem CVP-Fraktionschef und GPK-Mitglied Christian Traber, der bis zu den Wahlen 2006 Mitglied der Sozialbehörde als Mitglied war.

Ernst Danner (EVP) ist mit Antrag 1 einverstanden.

Anja Recher (AL) beantragt folgende Textänderung:

1. Dieser Bericht soll auch mögliche Verbesserungsmassnahmen aufzeigen und darlegen, wo welcher konkrete Handlungsbedarf besteht. Speziell beleuchtet werden soll die Frage der personellen Ressourcen und der Belastung der Mitarbeitenden in den Sozialzentren.
2. Bei den Untersuchungen und der Berichtsabfassung treten ehemalige Mitglieder der Sozialbehörde in den Ausstand.

Ernst Danner (EVP) ist mit Antrag 1 einverstanden.

Der Rat stimmt dem geänderten Beschlussantrag mit offensichtlichem Mehr zu.

Damit ist beschlossen:

2007/196

Sozialhilfe, Bericht der GPK über Prozesse und Qualitätssicherungssystem

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) wird beauftragt, bis anfangs Oktober 2007 die Prozesse und das Qualitätssicherungssystem innerhalb der Sozialen Dienste detailliert zu prüfen und dem Gemeinderat Bericht zu erstatten.

2 / 2

Dieser Bericht soll auch mögliche Verbesserungsmassnahmen aufzeigen und darlegen, wo welcher konkrete Handlungsbedarf besteht. Speziell beleuchtet werden soll die Frage der personellen Ressourcen und der Belastung der Mitarbeitenden in den Sozialzentren.

Wir erwarten von der untersuchenden Behörde – ob PUK oder GPK – dass sie sich bewusst ist und bei ihrem Vorgehen dem Umstand Rechnung trägt, dass eine parlamentarische Untersuchung eine starke Zusatzbelastung für die betroffenen Mitarbeitenden in den Sozialzentren bedeutet, die heute schon bis an ihre Leistungsgrenze gefordert werden.

Mitteilung an den Stadtrat.